

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2005 — 1015

[C — 2005/33021]

**4. JUNI 2004 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses vom 24. Juni 1999 über Kleinkindbetreuung**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Auf Grund des Dekretes vom 9. Mai 1988 zur Übernahme gewisser Personalmitglieder des nationalen Kinderhilfswerks sowie zur Regelung der Betreuung von Kindern bis zu 12 Jahren, abgeändert durch die Dekrete vom 7. Mai 1990, 21. Januari 1991, 7. Januari 2002 und vom 3. Februar 2003;

In Erwägung des Erlasses der Regierung vom 24. Juni 1999 über Kinderbetreuung, abgeändert durch die Erlasse vom 21. Dezember 2000, 22. Juni 2001, 29. Oktober 2002 und vom 18. Juni 2003;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt vom 3. Juni 2004;

Auf Grund des günstigen Gutachtens des Finanzinspektors vom 18. Mai 2004;

Auf Grund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1 ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Auf Grund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass zur Zeit drei neue Standorte (Büllingen, Eupen und Amel) für eine außerschulische Betreuung in Kürze eröffnet werden sollen oder aber bestehende Projekte jetzt die Bedingungen zur Bezuschussung erfüllen und die Pilotphase der Projekte der außerschulischen Betreuung beendet ist und alle neuen Initiativen somit nicht mehr im Rahmen von Konventionen geregelt werden sondern vorliegender Erlass Anwendung findet, duldet das Inkrafttreten vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr;

Auf Vorschlag des für den Bereich Familien zuständigen Ministers,  
Beschließt:

***Abänderungsbestimmungen***

**Artikel 1** - Kapitel I des Erlasses der Regierung vom 24. Juni 1999, abgeändert durch die Erlasse vom 21. Dezember 2000, 22. Juni 2001, 29. Oktober 2002 und vom 18. Juni 2003, dass die Artikel 1 bis 5 enthält, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«KAPITEL I — *Einführende Bestimmungen**Begriffsbestimmung*

Artikel 1 - Für die Anwendung vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1 - Kleinkinder: Kinder von 0 bis 3 Jahren.

1bis - Kinder: Kinder von 0 bis 12 Jahren.

1ter - Kinderbetreuung: Regelmäßige Betreuung von Kindern gegen Entgelt außerhalb der Wohnung der Erziehungsberechtigten.

2 - Tagesmütterdienst: Einrichtung, die vorrangig Kleinkindbetreuung durch Tagesmütter/väter gewährleistet und mindestens 25 Tagesmütter beschäftigt sowie mindestens 50 Kinder regelmäßig betreut.

3 - Tagesmutter/vater: Natürliche Person, die vorrangig Kleinkinder, die nicht die eigenen sind, betreut und die einem Tagesmütterdienst angeschlossen ist ohne durch einen Arbeitsvertrag an den Dienst gebunden zu sein.

4 - Kinderkrippe: Einrichtung, die Kleinkinder betreut und eine Aufnahmekapazität von mindestens 18 Plätzen hat.

5 - Projekte: Aufgaben oder Tätigkeiten der Kinderbetreuung, die im Rahmen einer Konvention zwischen der Regierung und einer natürlichen oder juristischen Person durchgeführt werden.

6 - Erziehungsberechtigter: Person, die aufgrund der Zivilgesetzgebung, eines Mandates oder eines Beschlusses einer Behörde befugt ist, im Interesse des Kindes zu handeln.

7 - Außerschulische Betreuung: Die Kinderbetreuung außerhalb der Schulzeit.

8 - DKF: der Dienst für Kind und Familie des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

9 - Minister: der für die Familienpolitik zuständige Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

10 - Selbständige Tagesmutter: Natürliche Person, die im Rahmen eines Betreuungsvertrages vorrangig Kleinkinder, die nicht die eigenen sind, betreut und keinem Tagesmütterdienst angeschlossen ist.

11. - KBAK: Kommunalen Beratungsausschuss für Kinderbetreuung.

12. - Dekret: Dekret vom 9. Mai 1988 zur Übernahme gewisser Personalmitglieder des nationalen Kinderhilfswerks sowie zur Regelung der Betreuung von Kindern bis zu 12 Jahren.

13 - Betreuungskonzept: beinhaltet die pädagogischen Grundsätze, die Methodik, die Werte und die Angebote der Betreuung.

*Allgemeine Grundsätze*

Art. 2 - § 1 - In der Kinderbetreuung werden jedem Kind unabhängig von Rasse, Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Glauben oder Lebensanschauung optimale Möglichkeiten und Chancen zur Entfaltung geboten.

Kinderbetreuung berücksichtigt den individuellen Rhythmus des Kindes, fördert die geistige und motorische Entwicklung, die Kreativität und Beziehungsfähigkeit des Kindes. Zudem bietet sie klare Rahmenbedingungen und strukturierte Abläufe sowie Bewegungsfreiheit für jedes Kind.

§ 2 - Jede natürliche oder juristische Person sowie jede faktische Vereinigung, die Kinderbetreuung anbietet, garantiert die Qualität der Betreuung gemäß den jeweils anwendbaren Bestimmungen vorliegenden Erlasses.

Art. 3 - Unbeschadet anderslautender zwingender gesetzlicher Bestimmungen sind die Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Erlasses beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrages anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

*Anerkennung und Bezuschussung*

Art. 4 - § 1 - Jede natürliche oder juristische Person sowie jede faktische Vereinigung, die Kinderbetreuung anbietet, muss in Anwendung des Dekretes im Rahmen vorliegenden Erlasses anerkannt sein.

§ 2 - Die Anerkennungsdauer beträgt höchstens 6 Jahre und kann verlängert werden.

Der Antrag auf Verlängerung ist frühestens sechs Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Gültigkeit der Anerkennung einzureichen. Er enthält die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen, insofern die dort enthaltenen Angaben seit dem letzten Anerkennungsantrag nicht mehr aktuell sind.

§ 3 - Die im vorliegenden Erlass geregelten Betreuungsstrukturen können nur bezuschusst werden, wenn sie anerkannt sind und eine Betreuungskapazität für durchschnittlich 6 Kinder haben.

*Kommunaler Beratungsausschuss für Kinderbetreuung*

Art. 5 - § 1 - Der KBAK befasst sich mit allen im vorliegenden Erlass geregelten Betreuungsformen für Kinder und hat in diesem Zusammenhang folgende Aufgabe:

- Erstellung einer Bestandsaufnahme der bestehenden Kinderbetreuung in der Gemeinde;
- Ermittlung des kurz- und mittelfristigen Bedarfs von Kinderbetreuung in der Gemeinde;
- Abgabe von Handlungsempfehlungen zur Verbesserung des Angebots der Kinderbetreuung in Beachtung der lokalen Gegebenheiten;
- Unterstützung bei der Umsetzung der Empfehlungen;
- Übermittlung der ersten Handlungsempfehlungen an den Minister spätestens ein Jahr nach Gründung des KBAK;
- Erstellung eines Entwicklungsberichts zur Kinderbetreuung in der Gemeinde für die der Ausschuss örtlich und sachlich zuständig ist, einschließlich überarbeiteter Handlungsempfehlungen in dreijährigem Turnus ab Einsetzungsdatum;
- Abgabe einer Stellungnahme zu neuen lokalen Initiativen der Kinderbetreuung, die dem Minister übermittelt wird.

Diese Stellungnahme beinhaltet zumindest nachfolgende Punkte:

- den Bedarf der Initiative;
- die Eignung und Lage der vorgesehenen Räumlichkeiten;
- den Inhalt des Betreuungskonzeptes;
- die vorgesehene Aufnahmekapazität;
- die Kostenbeteiligung der Nutznießer;
- den Grad des Einvernehmens der Mitglieder bezüglich der Stellungnahme;
- Abgabe von Stellungnahmen zu anderen Bereichen der Familienpolitik auf Anfrage des Ministers oder auf Eigeninitiative.

Die Handlungsempfehlungen und der Entwicklungsbericht werden sowohl dem Gemeinderat als auch der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt.

§ 2 - Der KBAK setzt sich aus folgenden Vertretern zusammen:

- 1 Vertreter/in der Gemeinde;
- 1 Vertreter/in des ÖSHZ;
- Vertreter/innen der Schulen;
- Elternratsvertreter/innen;
- jeweils 1 Vertreter/in der Träger von Kinderbetreuung in der Gemeinde;
- 1 Vertreter des DKF;
- Andere für die Kinderbetreuung wichtige lokalen Partner, die vom KBAK hinzugezogen werden.

§ 3 - Der DKF unterstützt in Absprache mit den betroffenen lokalen Partnern die Gründung eines KBAK in jeder Gemeinde.

Der DKF gewährleistet die fachliche Begleitung und die Protokollführung der KBAK, übernimmt die Koordination zwischen den einzelnen Beratungsausschüssen und übermittelt Informationen zwischen dem KBAK und der Regierung.

Die Gemeinde übernimmt den Vorsitz des KBAK und lädt zu den Sitzungen ein.

**Art. 2** - Artikel 6 § 2 desselben Erlasses wird durch folgenden Absatz ergänzt:

«Wenn der Dienst die Anzahl Tagesmütter/väter, für die er anerkannt ist, erreicht hat, kann er eine Genehmigung auf Erweiterung beantragen.

Zur Genehmigung einer Erhöhung der Anzahl Tagesmütter/väter reicht der Dienst die in § 1 vorliegenden Artikels erwähnten Unterlagen ein, insofern die dort enthaltenen Angaben sich seit dem letzten Anerkennungsantrag verändert haben.»

**Art. 3** - In Artikel 6 § 3 desselben Erlasses werden zwischen den Wörtern «gelten» und «als anerkannt» die Wörter «in Anwendung des Dekretes» eingefügt.

**Art. 4** - Artikel 7 Absatz 2 desselben Erlasses wird aufgehoben.

**Art. 5** - Artikel 8 desselben Erlasses wird aufgehoben.

**Art. 6** - In Artikel 9 § 2 desselben Erlasses werden zwischen den Wörtern «kann» und «eine außerschulische Betreuung» die Wörter «ungeachtet der in Kapitel III*bis* erwähnten Bestimmungen» eingefügt.

**Art. 7** - In Artikel 9 § 2 desselben Erlasses werden die Wörter «Für die außerschulische Betreuung wird den Familien Vorrang gegeben, deren Kleinkinder bereits betreut werden/wurden» aufgehoben.

**Art. 8** - In Artikel 10 Absatz 1 3 desselben Erlasses wird das Wort «bei» durch das Wort «nach» ersetzt.

**Art. 9** - In Artikel 10 Absatz 2 desselben Erlasses werden die Wörter «unter drei Jahren» und «unter sieben Jahren» gestrichen.

**Art. 10** - In Artikel 10 Absatz 3 desselben Erlasses werden zwischen den Wörtern «ohne das unter» und «Punkt 2» die Wörter «Absatz 1» eingefügt.

**Art. 11** - In Artikel 12 § 1 Absatz 1 werden die Wörter «Kinder unter 3 Jahren» durch das Wort «Kinder» ersetzt.

**Art. 12** - In Artikel 12 § 1 Absatz 1 desselben Erlasses wird die Tabelle wie folgt ergänzt:

«3,5	84-96	167-192
4	97-109	193-218»

**Art. 13** - In Artikel 12 wird ein § 1bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 1bis - Wenn die Anzahl Tagesmütter/väter oder die Anzahl betreuter Kinder sich während eines Trimesters verringert, darf der Personalbestand und dessen Bezuschussung während einer durchgehenden Periode von 6 Monaten beginnend ab Ende des betreffenden Trimesters beibehalten werden. Anschließend wird eine Anpassung des Zuschusses vorgenommen. Unter außergewöhnlichen Umständen kann der Minister auf begründetem Antrag des Dienstes nach Gutachten des DKF diese Periode einmal um 3 Monate verlängern.»

**Art. 14** - In Artikel 14 § 1 1 desselben Erlasses werden die Wörter «gemäß den vom DKF vorgegebenen Richtlinien ab. Die unterzeichnete Vereinbarung ist dem DKF zuzustellen» durch die Wörter «nach einem vom Dienst erarbeiteten Vereinbarungsmodell ab. Das Vereinbarungsmodell muss vom DKF für gut befunden werden. Der DKF entscheidet innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Eingang der Akte. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Modell bei fehlender Entscheidung für gut befunden.» ersetzt.

**Art. 15** - In Artikel 16, § 1 Absatz 5 desselben Erlasses werden die Wörter «vor Vertragsabschluss» durch die Wörter «vor Betreuungsbeginn» ersetzt.

**Art. 16** - Artikel 16 § 2 Absatz 1 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Der Dienst schließt mit dem Erziehungsberechtigten spätestens 2 Wochen vor Betreuungsbeginn einen Vertrag nach einem vom Dienst erarbeiteten Vertragsmodell ab. Das Vertragsmodell muss vom DKF für gut befunden werden. Der DKF entscheidet innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Eingang der Akte. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Modell bei fehlender Entscheidung als gut befunden.»

**Art. 17** - In Artikel 17 § 2 Absatz 4 desselben Erlasses werden die Wörter «zwei Kindern unter drei Jahren» durch die Wörter «zwei Kleinkindern» ersetzt.

**Art. 18** - In Artikel 18 § 1 Absatz 3 3 desselben Erlasses wird das Wort «Unterstützung» durch die Wörter «allgemeine Sozialhilfe» ersetzt.

**Art. 19** - Artikel 18 § 1 Absatz 5 desselben Erlasses wird wie folgt ergänzt:

«Werden diese Belege nicht vorgelegt, wird die höchste Kostenbeteiligung berechnet.»

**Art. 20** - Artikel 18 § 2 desselben Erlasses wird aufgehoben.

**Art. 21** - Artikel 19 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:

«Der DKF entscheidet innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Eingang des Antrags. Nach Ablauf dieser Frist gilt der Antrag bei fehlender Entscheidung als genehmigt.»

**Art. 22** - Artikel 20 § 3 Absatz 2 desselben Erlasses wird wie folgt ergänzt:

«Der DKF entscheidet innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Eingang des Antrags. Nach Ablauf dieser Frist gilt der Antrag bei fehlender Entscheidung als genehmigt.»

**Art. 23** - Artikel 22 Absatz 1 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Anerkannte Dienste können im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse für die annehmbaren Personal-, Betreuungs-, Verwaltungs- und Weiterbildungskosten gemäss den nachfolgenden Bestimmungen erhalten.»

**Art. 24** - Artikel 24 § 2 Absatz 2 desselben Erlasses wird wie folgt ergänzt:

«Der DKF entscheidet innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Eingang des Antrags. Nach Ablauf dieser Frist gilt der Antrag bei fehlender Entscheidung als genehmigt.»

**Art. 25** - Artikel 29 § 1 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt ergänzt:

«9 - die positive Stellungnahme des KBAK der Gemeinde, wo die Krippe angesiedelt ist.

10 - ein Brandschutzgutachten des Feuerwehrkommandanten der Gemeinde des Betreuungsortes.»

**Art. 26** - Artikel 30 desselben Erlasses wird aufgehoben.

**Art. 27** - Artikel 39 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Anerkannte Krippen können im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse für die annehmbaren Personal- und Weiterbildungskosten erhalten.»

**Art. 28** - Artikel 40 § 2 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Für die Bezuschussung der Personalkosten werden die im Sozial- und Gesundheitsbereich durch die Regierung festgelegten Bemessungsgrundlagen berücksichtigt.»

**Art. 29** - In demselben Erlass wird hinter Kapitel III und vor Kapitel IV desselben Erlasses ein Kapitel IIIbis, der die Artikel 43bis bis Artikel 43quinquies enthält mit folgendem Wortlaut eingefügt:

## «KAPITEL IIIbis — Außerschulische Betreuung

## Abschnitt 1 — Anerkennung

Artikel 43bis - § 1 - Um anerkannt zu werden, reicht der Träger der außerschulischen Betreuung, nachstehend Träger genannt, einen Antrag beim Minister ein, dem folgende Unterlagen beigefügt sind:

- 1 - die Identität des Antragstellers;
- 2 - das Betreuungskonzept;
- 3 - eine positive Stellungnahme des KBAK's. Richtet sich das Angebot an die Bevölkerung mehrerer Gemeinden, muss eine Stellungnahme der jeweils örtlich und sachlich zuständigen KBAK's eingereicht werden;
- 4 - ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten zu den Räumlichkeiten der außerschulischen Betreuung.

§ 2 - Die Anerkennung einer außerschulischen Betreuung setzt die Erfüllung nachfolgender Bestimmungen voraus:

1 - Die außerschulische Betreuung ist deutlich abgegrenzt vom schulischen Alltag. Diese Abgrenzung ist in der Organisation, in den Räumlichkeiten und im Betreuungs-konzept der Betreuungsstruktur erkennbar.

2 - Die außerschulische Betreuung muss an mindestens 4 Tagen pro Schulwoche nach der Schule Betreuung gewährleisten.

3 - Die Räumlichkeiten, in denen die außerschulische Betreuung stattfindet, müssen derart gestaltet sein, dass Kinder sich darin frei und sicher bewegen können.

4 - Es muss ein Spielraum mit Ruhecke in einem wohnlichen Rahmen eingerichtet sein. Die Kinder müssen die Möglichkeit haben, in einem sicheren Rahmen draußen zu spielen. Es sind den verschiedenen Alterstufen angepasste Sanitäreanlagen in ausreichender Zahl und ein Waschbecken vorhanden. Die Betreuer müssen telefonisch erreichbar sein.

5 - Alle anwendbaren Sicherheitsbestimmungen müssen erfüllt sein. Der Träger sorgt für die Sicherheit der Kinder auf dem Weg zwischen Schule und dem Ort der außerschulischen Betreuung. Ein ausgestatteter Erste Hilfe Kasten muss vorhanden sein.

6 - Für jedes betreute Kind müssen folgende Angaben vorliegen:

- Name, Vorname und Adresse des Kindes;
- Name, Adresse und Telefonnummer der Kontaktpersonen;
- die Adresse und Telefonnummer des behandelnden Arztes;
- spezielle Angaben zum Gesundheitszustand des Kindes, wenn diese für den täglichen Umgang mit dem Kind relevant sind.

7 - Jedem Nutznießer wird zu Beginn der Betreuung eine Hausordnung ausgehändigt, die das Betreuungskonzept, die konkreten Abläufe der Betreuung, die Artikel 47 § 2 erwähnte Beschwerdemöglichkeit und die finanzielle Beteiligung der Eltern enthält.

8 - Der Träger schließt eine Haftpflichtversicherung für die zu betreuenden Kinder ab.

9 - Das Betreuungspersonal muss mindestens 18 Jahre alt sein, im Besitz eines Erst-Helfer-Diploms sein oder sich vertraglich verpflichten, einem Erst-Helfer-Kurs binnen eines Jahres nach Anstellung zu absolvieren. Die Teilnahme an einem Erst-Helfer-Kurs muss nachgewiesen werden.

10 - Es dürfen durchschnittlich maximal 16 Kinder von einem/er Betreuer/in betreut werden.

Bei durchschnittlicher Anwesenheit von 17 Kindern bis zu 32 Kindern müssen 2

Betreuer/innen anwesend sein Die Durchschnittsanwesenheiten sind die Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Trimester;

11 - Dem Betreuungspersonal wird ein kostenloses Weiterbildungs- und Beratungsangebot zur Verfügung gestellt.

§ 3 - Der DKF begutachtet die Räumlichkeiten gemäß denen in der Anlage 3 vorliegenden Erlasses festgelegten Richtlinien, das Betreuungskonzept, die Konformität zu den anwendbaren rechtlichen Bestimmungen und die Opportunität der außerschulischen Betreuung.

§ 4 - Der Minister entscheidet über den Anerkennungsantrag nach Gutachten des DKF.

## Abschnitt 2 — Bezuschussung

## Allgemeine Bestimmungen

Artikel 43ter - § 1 - Nur anerkannte Strukturen der außerschulischen Betreuung können im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die in Artikel 43quinquies erwähnten Zuschüsse erhalten, insofern die im vorliegendem Abschnitt erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Der Antrag auf Bezuschussung kann gleichzeitig mit dem Antrag auf Anerkennung eingereicht werden.

§ 2 - Jeder Erziehungsberechtigte hat Zugang zur außerschulischen Betreuung. Kinder von Berufstätigen, Auszubildenden und Personen, welche die Betreuung der Kinder aus sozialen und gesundheitlichen Gründen nicht gewährleisten können, sind vorrangig zu berücksichtigen.

§ 3 - Der Träger definiert den geographischen Einzugsbereich seines Betreuungsangebots, welches sich grundsätzlich an die Kinder aller Schulen des Einzugsbereichs richtet

§ 4 - Der Bezuschussungsantrag umfasst zusätzlich zu den unter Artikel 43bis, §1 angegebenen Unterlagen einen Finanzierungsplan, der die Schätzung der Ausgaben und Einnahmen beinhaltet.

*Personalbestimmungen*

Artikel 43<sup>quater</sup> - § 1 - Die Kinder müssen durch Personal mit Ausbildung im Kinder- oder Erziehungsbereich betreut werden.

§ 2 - Stehen aufgrund eines nachgewiesenen Arbeitskräftemangels keine Personen mit Ausbildung im Kinder- oder Erziehungsbereich zur Verfügung, kann der Träger eine begründeten Ausnahmegenehmigung beim DKF beantragen. Der DKF entscheidet innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Eingang des Antrags. Nach Ablauf dieser Frist gilt der Antrag bei fehlender Entscheidung als genehmigt. Dem Antrag stimmt der DKF schriftlich zu, wenn die Fähigkeiten der Betreuungsperson den vom DKF festgelegten Richtlinien entsprechen. Die Einstellung von Betreuungspersonen ohne Ausbildung im Kinder oder Erziehungsbereich kann erst nach dieser Zustimmung des DKF erfolgen.

§ 3 - Der Träger gewährleistet, dass jedes Personalmitglied sich mindestens 10 Stunden/Jahr fortbildet. Diese Fortbildung beinhaltet Themen wie die Gesundheitserziehung, die Psychologie und die allgemeine Erziehung des Kindes und die Entwicklung des Aufgabenfeldes des Betreuungspersonals.

§ 4 - Die außerschulische Betreuung muss über Betreuer gemäss folgendem Personalschlüssel verfügen:

Durchschnittsanwesenheiten von Kindern	Anwesende/r Betreuer/in
6 - 10	1
11 - 22	2
23 - 36	3
37 - 50	4

Die Durchschnittsanwesenheiten sind die Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Trimester.

*Finanzielle Bestimmungen*

Artikel 43<sup>quinqüies</sup> - § 1 - Der Träger verlangt von den Nutznießern eine Kostenbeteiligung und sichert einen Sozialtarif für Familien mit geringem Einkommen.

§ 2 - Zum Start der außerschulischen Betreuung wird dem Träger für die Ausstattungskosten eines Standortes ein Zuschuss von 50% bis zu einem Höchstbetrag von insgesamt € 2.500 pro Standort gewährt, der während 2 Jahren beansprucht werden kann. Dem Antrag auf Bezuschussung ist eine Liste des benötigten Materials einschließlich einer Kostenschätzung beizufügen.

Der Minister entscheidet über die Höhe des Zuschusses nach Gutachten des DKF.

Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt nach Einreichung und Prüfung der erforderlichen Zahlungsbelege. Die Belege müssen zweimal pro Jahr spätestens am 31. März oder am 15. August eingereicht werden.

Wird die außerschulische Betreuung vor Ablauf von zwei Jahren nach Einrichtung aufgelöst, ist der Träger auf Anforderung der Regierung verpflichtet, die aus Mitteln der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeschaffter Ausstattung dem DKF auszuhändigen.

§ 3 - Die Regierung übernimmt, wenn die Ergebnisrechnung der außerschulischen Betreuung am Ende des Kalenderjahres, unter Berücksichtigung aller Einnahmen, ein Defizit aufweist, 50% des Defizits pro Standort bis zu einem Höchstbetrag von:

- € 758 bei 6 - 10 durchschnittlich betreuten Kindern im Kalenderjahr,
- € 1.137 bei 11 - 22 durchschnittlich betreuten Kindern im Kalenderjahr,
- € 1.515 bei 23 - 36 durchschnittlich betreuten Kindern im Kalenderjahr.

Die Durchschnittsanwesenheiten sind die Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr.

Bietet eine außerschulische Betreuung während mindestens einen Monat pro Jahr in den Schulferien eine Betreuung an, kann diese gemäß Kapitel V bezuschusst werden.

§ 4 - Besteht die Betreuungsstruktur nicht für das gesamte Kalenderjahr, ist der in § 3 festgelegte Betrag anteilmäßig zu berechnen.

§ 5 - Jeder Träger reicht bis spätestens 30. März des darauffolgenden Jahres eine Ergebnisrechnung und einen Tätigkeitsbericht des vergangenen Jahres ein.

Dieser Tätigkeitsbericht beinhaltet:

- die Anzahl der Öffnungstage und die Öffnungszeiten,
- die Gesamtzahl der Anwesenheiten,
- die Gesamtzahl der durchschnittlichen Anwesenheiten
- die Anzahl der Betreuer,
- die Auswertung und Einschätzung der Aktivitäten
- die Zukunftsperspektiven der Betreuungsstruktur«

**Art. 30** - Artikel 44 § 1 desselben Erlasses wird wie folgt ergänzt:

«6 - Einen Beleg des Abschlusses einer Haftpflichtversicherung für die zu betreuenden Kinder»

**Art. 31** - Artikel 44 § 1<sup>bis</sup> 9 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Telefonisch erreichbar sein»

**Art. 32** - In Artikel 44 desselben Erlasses wird ein § 1ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 1ter - Änderungen in denen in § 1 und § 1bis vorliegenden Artikels erwähnten Angaben sind dem DKF binnen eines Monats mitzuteilen.»

**Art. 33** - In Artikel 44 desselben Erlasses wird ein § 2ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 2ter - Der DKF stellt denen im Rahmen vorliegenden Kapitels anerkannten Personen auf Anfrage pädagogisches- und Einrichtungsmaterial zur Verfügung. Bei Beendigung der Tätigkeit entscheidet der DKF über eine eventuelle Rückforderung dieses Materials.»

**Art. 34** - Artikel 44 § 2bis desselben Erlasses wird wie folgt ergänzt:

«Der DKF entscheidet innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Eingang des Antrags. Nach Ablauf dieser Frist gilt der Antrag bei fehlender Entscheidung als genehmigt.»

**Art. 35** - Artikel 44 § 3 desselben Erlasses wird wie folgt ergänzt:

«Im Anerkennungsbeschluss wird die maximale Betreuungskapazität für die jeweilige Tagesmutter aufgeführt.»

**Art. 36** - Artikel 45 Absatz 1 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Kann durch die bestehenden Betreuungsformen die Nachfrage in der Kinderbetreuung nicht gedeckt werden, können im Rahmen von zeitlich und örtlich begrenzten Projekten zusätzliche Betreuungsangebote geschaffen werden.»

**Art. 37** - In Artikel 46 desselben Erlasses werden die Wörter «, 42 und 43quinquies § 3» zwischen den Wörtern «Die in den Artikeln 21, 23 § 4, 25» und den Wörtern «festgelegten Beträge» eingefügt.

**Art. 38** - Artikel 47 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«§ 1 - Die in vorliegendem Erlass erwähnten Betreuungsformen unterliegen der Aufsicht des DKF.

Die mit der Prüfung beauftragten Beamten haben während den vorgesehenen Öffnungszeiten Zutritt zu den Räumen der im vorliegenden Erlass erwähnten Betreuungsformen. Sie haben das Recht, an Ort und Stelle alle Belege einzusehen sowie alle Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vorzunehmen und alle Auskünfte einzuholen, die notwendig sind, um sich zu vergewissern, dass die anwendbaren rechtlichen Bestimmungen eingehalten werden und die Opportunität der Betreuungsform weiterhin gegeben ist.

Die Träger oder Verantwortlichen der im vorliegenden Erlass erwähnten Betreuungsformen schaffen die notwendigen Voraussetzungen zur Durchführung der im vorliegenden Artikel erwähnten Kontrollen.

§ 2 - Bei Unstimmigkeiten zwischen dem Träger oder Verantwortlichen einer Betreuungsform und dem Erziehungsberechtigten kann letztere sich an den DKF zwecks Klärung wenden. Diese Möglichkeit muss den Erziehungsberechtigten zu Beginn einer Betreuung schriftlich mitgeteilt werden.»

**Art. 39** - In demselben Erlass wird ein Artikel 47bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 47bis - § 1 - Wenn eine im Rahmen vorliegenden Erlasses anerkannte Person, Organisation oder Einrichtung die Normen und Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, nicht mehr erfüllt, fordert der Minister die Person, Organisation oder Einrichtung auf innerhalb einer bestimmten Frist diesen Normen zu entsprechen und ihm diesbezüglich jegliche Unterlagen vorzulegen oder zusätzliche Auskünfte zu erteilen. Andernfalls kann der Minister gemäß nachfolgenden Bestimmungen die Anerkennung entziehen oder den Zuschuss aussetzen oder reduzieren.

§ 2 - Wenn der Minister die Anerkennung entziehen oder den Zuschuss aussetzen oder reduzieren möchte, übermittelt er der Person, Organisation oder Einrichtung eine begründete Absichtserklärung. Die Person, Organisation oder Einrichtung verfügt über eine Frist von vierzehn Tagen, um dem Minister eine Stellungnahme zukommen zu lassen. Der Minister entscheidet innerhalb von 14 Tagen nach Verstreichung dieser Frist. Die Entscheidung tritt 10 Tage nach Zustellung der Entscheidung an die Person, Organisation oder Einrichtung in Kraft.

Der Entzug der Anerkennung hat die Beendigung der anerkannten Tätigkeit zur Folge.»

**Art. 40** - Demselben Erlass wird eine Anlage mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«ANLAGE 3 - Richtlinien zur Begutachtung der Räumlichkeiten der außerschulischen Betreuung

Bei der Begutachtung der Räumlichkeiten gibt der DKF eine Stellungnahme zu folgenden Punkten ab:

- Hygiene.
- Lichtquellen (natürliche Quellen, Beleuchtung).
- Sicherheit: äußeres Umfeld (Straße, Bürgersteige, Einzäunung,...).  
Sicherheitsmaßnahmen in den Räumen (Steckdosen, Treppen, Fenster,...).
- Empfehlung der Größe der Räumlichkeiten: 4 Quadratmeter pro Kind.
- Zustand der Räumlichkeiten.
- Raumaufteilung (verschiede Spielecken, Aufteilung nach Altersklassen).
- Möglichkeit eine Küche einzurichten.
- Außenbereich (Garten, Spielmöglichkeiten,...).
- Ansprechendes Ambiente für Kinder.»

#### *Übergangsbestimmungen*

**Art. 41** - § 1 - Die bei Inkrafttreten vorliegenden Erlasses laufenden Projekte der außerschulischen Betreuungen gelten gemäß den durch Artikel 30 vorliegenden Erlasses eingefügten Artikel 43bis bis Ende ihrer Konvention und höchstens bis zum 30. Juni 2006 als anerkannt 6 Monate vor Ablauf der gleichgestellten Anerkennung muss der Träger einen Anerkennungsantrag gemäß Artikel 43bis einreichen.

§ 2 - Für die bei Inkrafttreten vorliegenden Erlasses im Rahmen der laufenden Projekten der außerschulischen Betreuung beschäftigten Betreuer/innen gilt die Ausnahmegenehmigung die durch Artikel 30 vorliegenden Erlasses in Artikel 43quater § 2 vorgesehen wird als erteilt, insofern diese Personen vor Inkrafttreten vorliegenden Erlasses über eine im Rahmen des Projektes erteilte Ausnahmegenehmigung bezüglich der entsprechenden Ausbildungsbedingung verfügen.

*Schlussbestimmungen*

**Art. 42** - Vorliegender Erlass tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

**Art. 43** - Der für den Bereich Familien zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 4. Juni 2004

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,  
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus,  
B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,  
H. NIESSEN

---

 TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2005 — 1015

[C - 2005/33021]

**4 JUIN 2004. — Arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du 24 juin 1999  
relatif à l'accueil des jeunes enfants**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 9 mai 1988 créant un Fonds pour l'Enfance, visant la reprise de certains membres du personnel de l'Œuvre nationale de l'Enfance et portant réglementation de l'hébergement d'enfants de moins de douze ans, modifié par les décrets des 7 mai 1990, 21 janvier 1991, 7 janvier 2002 et 3 février 2003;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 24 juin 1999 relatif à l'accueil des enfants, modifié par les arrêtés des 21 décembre 2000, 22 juin 2001, 29 octobre 2002 et 18 juin 2003;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 3 juin 2004;

Vu l'avis favorable de l'Inspecteur des Finances, donné le 18 mai 2004;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai étant donné que trois nouvelles implantations pour un accueil extrascolaire (Bullange, Eupen, Amblève) doivent être inaugurées prochainement ou que des projets existants remplissent maintenant les conditions de subventionnement, que la phase pilote des projets d'accueil extrascolaire est terminée et que toutes les initiatives nouvelles ne sont dès lors plus réglées dans le cadre de conventions mais que le présent arrêté est d'application;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Famille,

Arrête :

*Dispositions modificatives*

**Article 1<sup>er</sup>.** Le chapitre I<sup>er</sup> de l'arrêté du 24 juin 1999 relatif à l'accueil des jeunes enfants, modifié par les arrêtés des 21 décembre 2000, 22 juin 2001, 29 octobre 2002 et 18 juin 2003, lequel contient les articles 1<sup>er</sup> à 5, est remplacé par la disposition suivante :

 « CHAPITRE I<sup>er</sup>. — *Dispositions générales*
*Définitions*

Article 1<sup>er</sup>. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1° jeunes enfants : les enfants de 0 à 3 ans;

1°*bis* enfants : les enfants de 0 à 12 ans;

1°*ter* accueil d'enfants : l'accueil régulier d'enfants, contre paiement, en dehors de l'habitation des personnes chargées de leur éducation;

2° service de gardiennes d'enfants à domicile : une institution qui assure prioritairement l'accueil de jeunes enfants par le biais de gardiennes d'enfants à domicile, qui emploie au moins 25 gardiennes et accueille régulièrement 50 enfants au moins;

3° gardien(ne) : une personne physique, affiliée à un service de gardiennes d'enfants à domicile sans être engagée par lui dans les liens d'un contrat de travail, qui garde prioritairement des jeunes enfants qui ne sont pas les siens;

4° crèche : une institution qui accueille des jeunes enfants et a une capacité d'au moins 18 places;

5° projets : les missions ou activités relatives à l'accueil d'enfants et réalisées dans le cadre d'une convention passée entre le Gouvernement et une personne physique ou morale;

6° personne chargée de l'éducation : une personne qui, en vertu de la législation civile, d'un mandat ou d'une décision prise par une autorité, est habilitée à agir dans l'intérêt de l'enfant;

7° accueil extrascolaire : l'accueil d'enfants en dehors du temps scolaire;

8° D.K.F. : le « Dienst für Kind und Familie » (Service pour l'enfant et la famille) du Ministère de la Communauté germanophone;

9° Ministre : le ministre de la Communauté germanophone compétent en matière de politique familiale;

10° gardien(ne) indépendant(e) : une personne physique qui, dans le cadre d'un contrat de garde, garde prioritairement des jeunes enfants qui ne sont pas les siens en n'étant pas affiliée à un service de gardiennes d'enfants à domicile;

11° C.C.C.A.E. : la Commission consultative communale d'accueil d'enfants;

12° décret : le décret du 9 mai 1988 créant un Fonds pour l'Enfance, visant la reprise de certains membres du personnel de l'Œuvre nationale de l'Enfance et portant réglementation de l'hébergement d'enfants de moins de douze ans;

13° concept d'accueil : contient les principes pédagogiques, la méthodologie, les valeurs et offres d'accueil.

#### *Principes généraux*

Article 2. § 1<sup>er</sup>. L'accueil d'enfants offre à chaque enfant, indépendamment de la race, de la nationalité, du sexe, des convictions religieuses ou philosophiques, des possibilités et chances d'épanouissement maximales.

L'accueil d'enfants respecte le rythme de l'enfant, favorise le développement intellectuel et moteur, la créativité, les capacités relationnelles de l'enfant. De plus, il offre à chaque enfant des conditions-cadres claires et des procédures structurées ainsi que de la liberté de mouvement.

§ 2. Toute personne physique ou morale ainsi que toute association de fait proposant un accueil d'enfants garantit la qualité de l'accueil conformément aux dispositions respectivement applicables du présent arrêté.

Article 3. Sans préjudice de dispositions légales contraignantes contraires, les personnes qui sont partie prenante à l'exécution du présent arrêté doivent traiter confidentiellement les faits qui leur sont confiés dans le cadre de l'exercice de leur mission.

#### *Agréation et subventionnement*

Article 4. § 1<sup>er</sup>. Toute personne physique ou morale ainsi que toute association de fait proposant un accueil d'enfants doit être agréée en application du décret dans le cadre du présent arrêté.

§ 2. La durée d'agréation est de six années au plus et peut être prorogée.

La demande de prorogation doit être introduite au plus tôt six mois et au plus tard trois mois avant le terme de l'agréation. Y sont joints les documents nécessaires à l'agréation, dans la mesure où les données qu'ils contiennent ne sont plus d'actualité depuis la dernière demande d'agréation.

§ 3. Les structures d'accueil régies par le présent arrêté ne peuvent être subsidiées que si elles sont agréées et ont une capacité d'accueil de 6 enfants en moyenne.

#### *Commission consultative d'accueil d'enfants*

Article 5. § 1<sup>er</sup>. La C.C.C.A.E. s'occupe de toutes les formes d'accueil d'enfants régies par le présent arrêté et, dans ce contexte, remplit les missions suivantes :

- établissement d'un état des lieux quant à l'accueil d'enfants existant dans la commune;
- calcul des besoins à court et moyen terme quant à l'accueil d'enfants existant dans la commune;
- recommandations en vue de l'amélioration de l'offre quant à l'accueil d'enfants en tenant compte des données locales;
- soutien lors de la mise en œuvre des recommandations;
- communication des premières recommandations au ministre au plus tard un an après la création de la C.C.C.A.E.;
- rédaction d'un rapport de développement quant à l'accueil d'enfants dans la commune pour lequel la commission est compétente territorialement et matériellement, y compris les recommandations revues tous les trois ans à partir de la date d'installation;
- remise d'un avis sur les nouvelles initiatives locales en matière d'accueil d'enfants, avis transmis au ministre et portant au moins sur les points suivants :
  - la nécessité de l'initiative;
  - l'adéquation et la situation des locaux prévus;
  - le contenu du concept d'accueil;
  - la participation de l'utilisateur aux frais;
  - le degré d'accord des membres quant à l'avis;
  - remise d'avis relatifs à d'autres domaines de la politique familiale, à la demande du ministre et d'initiative.

Les recommandations et le rapport de développement sont transmis tant au conseil communal qu'au Gouvernement de la Communauté germanophone.

§ 2. La C.C.C.A.E. se compose des représentants suivants :

- 1 représentant(e) de la commune;
- 1 représentant(e) du C.P.A.S.;
- représentant(e)s des écoles;
- représentant(e)s des conseils de parents d'élèves;
- 1 représentant(e) de chaque pouvoir organisateur d'accueil d'enfants dans la commune;
- 1 représentant du D.K.F.;
- d'autres partenaires locaux, importants en matière d'accueil d'enfants, et auxquels la C.C.C.A.E. fait appel.

§ 3. Le D.K.F. soutient, en accord avec les partenaires locaux concernés, la création d'une C.C.C.A.E. dans chaque commune.

Le D.K.F. assure le suivi « technique » et la rédaction des procès-verbaux de la C.C.C.A.E., prend en charge la coordination entre les différentes commissions consultatives et transmet l'information entre la C.C.C.A.E. et le Gouvernement.

La commune assure la présidence de la C.C.C.A.E. et convoque aux séances. »

**Art. 2.** L'article 6, § 2, du même arrêté est complété par l'alinéa suivant :

« Lorsque le service a atteint le nombre de gardien(ne)s pour lequel il est agréé, il peut demander une autorisation d'élargissement. En vue de l'autorisation d'élargissement du nombre de gardien(ne)s, le service introduit les documents mentionnés au § 1<sup>er</sup> du présent article, dans la mesure où les données qu'ils contiennent ne sont plus d'actualité depuis la dernière demande d'agréation. »



**Art. 3.** A l'article 6, § 3, du même arrêté, les mots « en application du décret » sont insérés après le mot « agréées ».

**Art. 4.** L'article 7, alinéa 2, du même arrêté est abrogé.

**Art. 5.** L'article 8 du même arrêté est abrogé.

**Art. 6.** A l'article 9, § 2, du même arrêté, le passage « , sans préjudice des dispositions mentionnées dans le chapitre IIIbis, » est inséré entre les mots « peut » et « organiser ».

**Art. 7.** A l'article 9, § 2, du même arrêté, le passage « . Pour l'accueil extrascolaire, la priorité sera accordée aux familles dont les jeune enfants sont déjà ou ont déjà été gardés » est supprimé.

**Art. 8.** A l'article 10, alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>, du même arrêté, les mots « en cas d'indisponibilité » sont remplacés par « après indisponibilité ».

**Art. 9.** A l'article 10, alinéa 2, du même arrêté, les passages « de moins de trois ans » et « de moins de sept ans » sont supprimés.

**Art. 10.** A l'article 10, alinéa 3, du même arrêté, le passage « mentionné au point 2<sup>o</sup> » est remplacé par « mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, ».

**Art. 11.** A l'article 12, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, le passage « de moins de trois ans » est supprimé.

**Art. 12.** A l'article 12, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, le tableau est complété comme suit :

« 3,5	84-96	167-192
4	97-109	193-218 »

**Art. 13.** A l'article 12, il est inséré un § 1<sup>er</sup>bis, libellé comme suit :

« § 1<sup>er</sup>bis. Lorsque le nombre de gardien(ne)s ou le nombre d'enfants gardés diminue au cours d'un trimestre, le personnel occupé et son subventionnement peut être maintenu pendant une période ininterrompue de six mois commençant au terme du trimestre en question. Ensuite, il est procédé à une adaptation du subside. Lors de circonstances exceptionnelles, le ministre peut, sur demande motivée du service et après avoir demandé l'avis du D.K.F., prolonger une fois cette période de trois mois. »

**Art. 14.** A l'article 14, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, du même arrêté, le passage « conformément aux instructions du D.K.F. Signé, le contrat sera notifié au D.K.F. » est remplacé par « conformément à un modèle d'accord établi par le service. Le modèle d'accord devra être approuvé par le D.K.F., qui statue dans les deux mois de la réception du dossier. A défaut de décision au terme de ce délai, le modèle sera censé être approuvé. »

**Art. 15.** A l'article 16, § 1<sup>er</sup>, alinéa 5, du même arrêté, le passage « avant la conclusion du contrat » est remplacé par « avant le début de l'accueil ».

**Art. 16.** L'article 16, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Au plus tard 2 semaines avant le début de l'accueil, le service conclut un contrat de garde avec la personne chargée de l'éducation, conformément à un modèle d'accord établi par le service. Le modèle d'accord devra être approuvé par le D.K.F., qui statue dans les deux mois de la réception du dossier. A défaut de décision au terme de ce délai, le modèle sera censé être approuvé. »

**Art. 17.** A l'article 17, § 2, alinéa 4, du même arrêté, le passage « deux enfants de moins de trois ans » est remplacé par « deux jeunes enfants ».

**Art. 18.** A l'article 18, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, 3<sup>o</sup>, du même arrêté, le passage « les interventions » est remplacé par « l'aide sociale générale ».

**Art. 19.** L'article 18, § 1<sup>er</sup>, alinéa 5, du même arrêté, est complété comme suit :

« Lorsque ces preuves ne sont pas présentées, c'est la participation personnelle la plus élevée qui est appliquée. »

**Art. 20.** L'article 18, § 2, du même arrêté est abrogé.

**Art. 21.** L'article 19, alinéa 2, est complété comme suit :

« Le D.K.F. statue dans les deux mois de la réception de la demande. A défaut de décision au terme de ce délai, la demande est censée être approuvée. »

**Art. 22.** L'article 20, § 3, alinéa 2, du même arrêté est complété comme suit :

« Le D.K.F. statue dans les deux mois de la réception de la demande. A défaut de décision au terme de ce délai, la demande est censée être approuvée. »

**Art. 23.** L'article 22, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Les services agréés peuvent, dans les limites des crédits budgétaires disponibles et conformément aux dispositions suivantes, obtenir des subsides pour les frais admissibles relatifs au personnel, A l'accueil, A l'administration et A la formation continue. »

**Art. 24.** L'article 24, § 2, alinéa 2, du même arrêté est complété comme suit :

« Le D.K.F. statue dans les deux mois de la réception de la demande. A défaut de décision au terme de ce délai, la demande est censée être approuvée. »

**Art. 25.** L'article 29, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté est complété comme suit :

« 9<sup>o</sup> l'avis positif de la C.C.C.A.E. de la commune où la crèche est installée;  
10<sup>o</sup> un avis en matière de protection incendie établi par le commandant des pompiers de la commune où l'accueil est assuré. »

**Art. 26.** L'article 30 du même arrêté est abrogé.

**Art. 27.** L'article 39 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, les crèches agréées peuvent obtenir des subsides pour les frais relatifs au personnel et à la formation continue. »

**Art. 28.** L'article 40, § 2, du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Pour le subventionnement des frais relatifs au personnel, ce sont les bases de calcul fixées par le Gouvernement dans les secteurs des Affaires sociales et de la Santé qui sont prises en considération. »

**Art. 29.** Dans le même arrêté, il est inséré entre le chapitre III et le chapitre IV un chapitre IIIbis contenant les articles 43bis à 43quinquies et libellé comme suit :

« CHAPITRE IIIbis. — Accueil extrascolaire

Section 1<sup>re</sup>. — Agréation

Article 43bis. § 1<sup>er</sup>. Pour être agréé, le pouvoir organisateur de l'accueil extrascolaire, dénommé ci-après « pouvoir organisateur », introduit auprès du ministre une demande accompagnée des documents suivants :

- 1° l'identité du demandeur;
- 2° le concept d'accueil;
- 3° un avis positif de la C.C.C.A.E.. Si l'offre s'adresse à la population de plusieurs communes, il faudra remettre un avis de chaque C.C.C.A.E. compétente territorialement et matériellement;
- 4° un avis en matière de protection incendie établi par le commandant des pompiers compétent portant sur les locaux utilisés pour l'accueil extrascolaire. »

§ 2. L'agréation de l'accueil extrascolaire présuppose qu'il est satisfait aux dispositions suivantes :

- 1° il y a une nette distinction entre l'accueil extrascolaire et la vie scolaire quotidienne. Cette distinction est manifeste au niveau de l'organisation, des locaux et du concept de la structure d'accueil;
- 2° l'accueil extrascolaire doit être assuré après l'école au moins quatre jours par semaine scolaire;
- 3° les locaux utilisés pour l'accueil extrascolaire doivent être conçus de telle manière que les enfants puissent s'y mouvoir librement et en sécurité;
- 4° un local de jeu avec coin-repos doit être aménagé dans un cadre d'habitat. Les enfants doivent avoir la possibilité de jouer dehors dans un cadre sécurisé. Il y aura des installations sanitaires adaptées aux différents âges et en nombre suffisant ainsi qu'un lavabo. Le personnel d'encadrement doit pouvoir être joint par téléphone;
- 5° il doit être satisfait à toutes les dispositions applicables en matière de sécurité. Le pouvoir organisateur veille à la sécurité des enfants sur le chemin entre l'école et le lieu d'accueil extrascolaire. Il y aura une trousse de premiers secours;
- 6° les données suivantes doivent être disponibles pour chaque enfant gardé :
  - nom, prénom et adresse de l'enfant;
  - nom, adresse et numéro de téléphone des personnes de contact;
  - l'adresse et le numéro de téléphone du médecin traitant;
  - des données particulières quant à l'état de santé de l'enfant lorsqu'elles sont pertinentes pour la fréquentation quotidienne de l'enfant;
- 7° un règlement intérieur comprenant le concept d'accueil, le déroulement concret de l'accueil, la possibilité de recours mentionnée à l'article 47, § 2, et la participation financière des parents, est remis à chaque utilisateur au début de l'accueil;
- 8° le pouvoir organisateur conclut une assurance en responsabilité civile pour les enfants à garder;
- 9° le personnel d'encadrement doit avoir au moins 18 ans, être titulaire d'un diplôme de secouriste ou s'engager contractuellement à suivre un cours de premiers secours dans l'année suivant l'engagement. Il faut fournir la preuve de la participation à un tel cours;
- 10° en moyenne, un membre du personnel d'encadrement peut s'occuper de 16 enfants au maximum. En cas de présence moyenne de 17 à 32 enfants, deux membres du personnel d'encadrement doivent être présents. Les présences moyennes sont calculées en divisant le nombre total d'enfants présents par le nombre de jours d'ouverture par trimestre;
- 11° des formations continues et des consultations sont proposées gratuitement au personnel d'encadrement.

§ 3. Le D.K.F. émet un avis sur les locaux, et ce conformément aux directives fixées dans l'annexe 3 au présent arrêté, sur le concept d'accueil, sur la conformité par rapport aux dispositions juridiques applicables, ainsi que sur l'opportunité de l'accueil extrascolaire.

§ 4. Le ministre statue sur la demande d'agréation après avoir demandé l'avis du D.K.F.

Section 2. — Subventionnement

Dispositions générales

Article 43ter. § 1<sup>er</sup>. Seules les structures d'accueil extrascolaire agréées peuvent obtenir, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, les subsides mentionnés à l'article 43quinquies, dans la mesure où les conditions figurant dans la présente section sont remplies.

La demande de subsides peut être introduite en même temps que la demande d'agréation.

§ 2. Toute personne chargée de l'éducation d'un enfant a accès à l'accueil extrascolaire. Les enfants de personnes actives professionnellement, de stagiaires et de personnes qui, pour des raisons sociales ou sanitaires ne peuvent assurer la garde d'enfants bénéficieront de la priorité.

§ 3. Le pouvoir organisateur définit la zone géographique desservie par son offre d'accueil, laquelle s'adresse en principe aux enfants de toutes les écoles de ladite zone.

§ 4. La demande de subsides comportera, outre les documents énoncés à l'article 43bis, § 1<sup>er</sup>, un plan de financement contenant l'estimation des dépenses et des recettes.

Dispositions relatives au personnel

Article 43quater. § 1<sup>er</sup>. Les enfants doivent être encadrés par du personnel ayant une formation dans le domaine de l'enfance ou de l'éducation.

§ 2. Si aucune personne ayant une formation dans le domaine de l'enfance ou de l'éducation n'est disponible en raison d'un manque prouvé de personnel, le pouvoir organisateur peut introduire une demande motivée de dérogation auprès du D.K.F. Le D.K.F. statue dans les deux mois de la réception de la demande. A défaut de décision au terme de

ce délai, la demande est censée être approuvée. Le D.K.F. approuve la demande par écrit lorsque les compétences du membre du personnel d'encadrement correspondent aux directives fixées par lui. L'engagement de personnel d'encadrement n'ayant pas de formation dans le domaine de l'enfance ou de l'éducation ne peut avoir lieu qu'après que le D.K.F. a donné cette approbation.

§ 3. Le pouvoir organisateur veille à ce que chaque membre du personnel suive une formation continue d'au moins dix heures par an. Cette formation continue porte sur des thèmes tels que l'éducation sanitaire, la psychologie et l'éducation générale de l'enfant ainsi que l'évolution des missions confiées au personnel d'encadrement.

§ 4. L'accueil extrascolaire doit disposer d'un personnel d'encadrement selon la clef du personnel suivante :

Présences moyennes des enfants	Membres du personnel d'encadrement présents
6-10	1
11-22	2
23-36	3
37-50	4

Les présences moyennes sont calculées en divisant le nombre total d'enfants présents par le nombre de jours d'ouverture par trimestre.

#### *Dispositions financières*

Article 43quinquies. § 1<sup>er</sup>. Le pouvoir organisateur exige des utilisateurs une participation personnelle aux frais et assure un tarif social pour les familles à revenus modestes.

§ 2. Au début de l'accueil extrascolaire, un subside de 50 % est accordé au pouvoir organisateur pour les frais d'aménagement d'une implantation, A concurrence d'un montant total de € 2.500 par implantation, subside qui peut être sollicité pendant deux ans. La demande de subsides sera accompagnée d'une liste du matériel nécessaire et d'un devis.

Le ministre décide du montant du subside après avoir demandé l'avis du D.K.F.

Le subside est liquidé après introduction et vérification des justificatifs de paiement requis. Les justificatifs doivent être introduits deux fois l'an, le 31 mars ou le 15 août au plus tard.

S'il est mis fin à l'accueil extrascolaire avant un terme de deux ans après l'installation, le pouvoir organisateur est obligé, sur invitation du Gouvernement, de remettre au D.K.F. l'équipement acquis grâce à des moyens de la Communauté germanophone.

§ 3. Si, toutes les recettes étant prises en considération, le compte de résultats de l'accueil extrascolaire montre un déficit en fin d'année calendrier, le Gouvernement prend en charge 50 % du déficit par implantation, A concurrence de :

- € 758 lorsque, en moyenne, 6 à 10 enfants ont été gardés pendant l'année calendrier;
- € 1137 lorsque, en moyenne, 11 à 22 enfants ont été gardés pendant l'année calendrier;
- € 1 515 lorsque, en moyenne, 23 à 36 enfants ont été gardés pendant l'année calendrier.

Les présences moyennes sont calculées en divisant le nombre total d'enfants présents par le nombre de jours d'ouverture par année calendrier.

Si un accueil extrascolaire offre une garde pendant au moins un mois par an lorsqu'il n'y a pas école, celui-ci peut être subventionné conformément au chapitre V.

§ 4. Si la structure d'accueil n'existe pas pour l'ensemble de l'année calendrier, le montant fixé au § 3 sera calculé proportionnellement.

§ 5. Tout pouvoir organisateur introduit, au plus tard pour le 30 mars de l'année suivante, un compte de résultat et un rapport d'activités de l'année écoulée.

Ce rapport d'activités mentionne :

- le nombre de jours d'ouverture et les heures d'ouverture;
- le nombre total de présences;
- le nombre total des présences moyennes;
- le nombre de membres que compte le personnel d'encadrement;
- l'analyse et l'évaluation des activités;
- les perspectives quant à l'avenir de la structure d'accueil. »

**Art. 30.** L'article 44, § 1<sup>er</sup>, du même arrêté est complété comme suit :

« 6° la preuve qu'une assurance en responsabilité a été conclue pour les enfants à garder. »

**Art. 31.** L'article 44, § 1<sup>er</sup>bis, 9°, du même arrêté est remplacé comme suit :

« pouvoir être jointe par téléphone ».

**Art. 32.** A l'article 44 du même arrêté, il est inséré un § 1<sup>er</sup>ter, libellé comme suit :

« § 1<sup>er</sup>ter. Des modifications dans les données mentionnées aux §§ 1<sup>er</sup> et 1<sup>er</sup>bis du présent article doivent être communiquées dans le mois au D.K.F. »

**Art. 33.** A l'article 44 du même arrêté, il est inséré un § 2ter, libellé comme suit :

« § 2ter. Sur demande, le D.K.F. met du matériel pédagogique et du matériel d'installation à disposition des personnes agréées dans le cadre du présent chapitre. En cas de cessation de l'activité, le D.K.F. décide d'éventuellement récupérer ce matériel. »

**Art. 34.** L'article 44, § 2bis, du même arrêté est complété comme suit :

« Le D.K.F. statue dans les deux mois de la réception de la demande. A défaut de décision au terme de ce délai, la demande est censée être approuvée. »

**Art. 35.** L'article 44, § 3, du même arrêté est complété comme suit :

« La capacité d'accueil maximale de chaque gardienne est mentionnée dans la décision portant agrégation. »

**Art. 36.** L'article 45, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Si la demande en matière d'accueil d'enfants ne peut être satisfaite par les formes d'accueil existantes, des offres supplémentaires d'accueil peuvent être créées dans le cadre de projets ayant une durée et une portée géographique limitées. »

**Art. 37.** A l'article 46 du même arrêté, le passage « et 42 » est remplacé par « , 42 et 43quinquies, § 3 ».

**Art. 38.** L'article 47 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« § 1<sup>er</sup>. Les formes d'accueil visées dans le présent arrêté sont soumises à la tutelle du D.K.F.

Les agents chargés de la surveillance ont accès aux locaux des formes d'accueil mentionnées dans le présent arrêté pendant les heures d'ouverture prévues. Ils peuvent, sans déplacement, consulter tous les justificatifs, procéder à tous les examens, contrôles et enquêtes et prendre tout renseignement utile pour s'assurer que les dispositions juridiques applicables sont respectées et que l'opportunité de la forme d'accueil persiste.

Les pouvoirs organisateurs ou responsables des formes d'accueil mentionnées dans le présent arrêté créent les conditions nécessaires à la réalisation des contrôles mentionnés dans le présent article.

§ 2. En cas de différend entre le pouvoir organisateur d'une forme d'accueil ou son responsable et la personne chargée de l'éducation, celle-ci peut s'adresser au D.K.F. pour obtenir des éclaircissements. La personne chargée de l'éducation doit être informée par écrit de cette possibilité en début d'accueil. »

**Art. 39.** Dans le même arrêté, il est inséré un article 47bis, libellé comme suit :

« Article 47bis. § 1<sup>er</sup>. Lorsqu'une personne, organisation ou institution agréée dans le cadre du présent arrêté ne remplit plus les normes et conditions mises à l'agrément, le ministre invite la personne, l'organisation ou l'institution à remplir ces normes dans un certain délai et à lui présenter tout document ou à lui fournir tout renseignement supplémentaire en la matière. Sinon, le ministre peut, conformément aux dispositions suivantes, retirer l'agrément ou suspendre ou réduire le subventionnement.

§ 2. Si le ministre souhaite soit retirer l'agrément soit suspendre ou réduire le subventionnement, il transmet une déclaration d'intention motivée à la personne, organisation ou institution. La personne, organisation ou institution dispose d'un délai de quinze jours pour faire parvenir son point de vue au ministre. Le ministre statue dans les quinze jours suivant l'expiration de ce délai. La décision entre en vigueur dix jours après notification à la personne, organisation ou institution.

Le retrait de l'agrément entraîne la cessation de l'activité agréée. »

**Art. 40.** Une annexe libellée comme suit est insérée dans le même arrêté :

« ANNEXE 3. — Directives quant à l'avis relatif aux locaux utilisés pour l'accueil extrascolaire.

En ce qui concerne les locaux, le D.K.F. émet un avis sur les points suivants :

- hygiène;
- sources de lumière (sources naturelles, éclairage);
- sécurité : environnement extérieur (rue, trottoirs, clôtures,...), mesures de sécurité dans les locaux (prises, escaliers, fenêtres,...);
- recommandation quant à la taille des locaux : 4 m<sup>2</sup> par enfant;
- état des locaux;
- distribution intérieure (différents coins-jeux, répartition par classe d'âge);
- possibilité d'aménager une cuisine;
- extérieurs (jardin, possibilités de jeux...);
- ambiance qui plaît aux enfants ».

#### *Dispositions transitoires*

**Art. 41.** § 1<sup>er</sup>. Les projets d'accueil extrascolaire en cours au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté sont censés être agréés conformément à l'article 43bis inséré par l'article 30 du présent arrêté, et ce jusqu'au terme de leur convention mais au plus tard jusqu'au 30 juin 2006. Six mois avant l'expiration de l'agrément assimilée, le pouvoir organisateur doit introduire une demande d'agrément conformément à l'article 43bis.

§ 2. Pour le personnel d'encadrement occupé dans le cadre de projets d'accueil extrascolaire en cours au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté, la dérogation prévue à l'article 43quater, § 2, par l'article 30 du présent arrêté est censée être accordée dans la mesure où, avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, une dérogation relative à la condition de formation concernée a été accordée à ces personnes dans le cadre du projet.

#### *Dispositions finales*

**Art. 42.** Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa signature.

**Art. 43.** Le Ministre compétent en matière de Famille est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 4 juin 2004.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,  
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,  
H. NIESEN

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2005 — 1015

[C — 2005/33021]

**4 JUNI 2004. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van 24 juni 1999 betreffende de opvang van jonge kinderen**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 9 mei 1988 tot overname van sommige personeelsleden van het Nationaal Werk voor Kinderwelzijn en tot regeling van het herbergen van kinderen tot twaalf jaar, gewijzigd bij de decreten van 7 mei 1990, 21 januari 1991, 7 januari 2002 en 3 februari 2003;

Gelet op het besluit van de Regering van 24 juni 1999 betreffende de kinderopvang, gewijzigd bij de besluiten van 21 december 2000, 22 juni 2001, 29 oktober 2002 en 18 juni 2003;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 3 juni 2004;

Gelet op het gunstig advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 18 mei 2004;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat voorliggend besluit onverwijld in werking moet treden daar drie nieuwe vestigingen inzake buitenschoolse opvang (Büllingen, Eupen, Amel) binnenkort zullen worden geopend of bestaande projecten nu aan de subsidiëeringsvoorwaarden voldoen, daar de proeffase van de projecten inzake buitenschoolse opvang beëindigd is en alle nieuwe initiatieven derhalve niet meer in het kader van overeenkomsten worden geregeld, echter onder de toepassing van voorliggend besluit vallen;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Gezin,

Besluit :

*Wijzigingsbepalingen*

**Artikel 1.** Hoofdstuk I van het besluit van de Regering van 24 juni 1999, gewijzigd bij de besluiten van 21 december 2000, 22 juni 2001, 29 oktober 2002 en 18 juni 2003, dat de artikelen 1 tot 5 bevat, wordt vervangen door de volgende bepaling :

*« HOOFDSTUK I. — Algemene bepalingen**Begripsbepalingen*

Artikel 1. Voor de toepassing van dit besluit verstaat men onder :

1° jonge kinderen : de kinderen van 0 tot 3 jaar;

1° *bis* kinderen : de kinderen van 0 tot 12 jaar;

1° *ter* kinderopvang : de regelmatige opvang, tegen betaling, buiten de woning van de personen belast met de opvoeding;

2° dienst voor onthaalouders : een instelling die vooral voor de opvang van de jonge kinderen door onthaalouders zorgt, tenminste 25 onthaalouders tewerkstelt en ten minste 50 kinderen regelmatig ontvangt;

3° onthaalouder : een natuurlijke persoon die aangesloten is bij een dienst voor onthaalouders echter niet door hem tewerkgesteld is krachtens een arbeidsovereenkomst en die bij voorrang jonge kinderen opvangt die niet de hare zijn;

4° kribbe : een opvanginrichting voor jonge kinderen met een minimale opnamecapaciteit van 18 plaatsen;

5° projecten : de opdrachten of activiteiten betreffende de kinderopvang die verricht worden in het kader van een overeenkomst gesloten tussen de Regering en een natuurlijke of rechtspersoon;

6° persoon belast met de opvoeding : een persoon die krachtens de burgerlijke wetgeving, een mandaat of een van overheidswege genomen beslissing bevoegd is om in het belang van het kind te handelen;

7° buitenschoolse opvang : de kinderopvang buiten de schooltijd;

8° D.K.F. : « Dienst für Kind und Familie » (Dienst voor kind en gezin) van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

9° Minister : de minister van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake Gezinsbeleid;

10° zelfstandige onthaalmoeder : een natuurlijke persoon die niet aangesloten is bij een dienst voor onthaalouders en in het kader van een opvangcontract bij voorrang jonge kinderen opvangt die niet de hare zijn;

11° GAK : de Gemeentelijke Adviescommissie inzake Kinderopvang;

12° decreet : het decreet van 9 mei 1988 tot overname van sommige personeelsleden van het Nationaal Werk voor Kinderwelzijn en tot regeling van het herbergen van kinderen tot twaalf jaar;

13° opvangconcept : bevat de pedagogische beginselen, de methodologie, de waarden en het aanbod inzake opvang.

*Algemene beginselen*

Artikel 2. § 1. De kinderopvang biedt elk kind - onafhankelijk van ras, nationaliteit, geslacht, geloof of overtuiging - optimale mogelijkheden en kansen tot ontplooiing aan.

De kinderopvang houdt rekening met de eigen ritme van het kind, bevordert zijn geestelijke en motorische ontwikkeling, zijn creativiteit en zijn bevoegdheid om relaties aan te knopen. Bovendien biedt de kinderopvang elk kind duidelijke kadervoorwaarden en gestructureerde procedures alsmede bewegingsvrijheid aan.

§ 2. Elke natuurlijke of rechtspersoon alsmede elke feitelijke vereniging die kinderopvang aanbiedt, zorgt voor de kwaliteit van de opvang overeenkomstig de bepalingen van voorliggend besluit die respectievelijk van toepassing zijn.

Artikel 3. Onverminderd tegenstrijdige dwingende wetbepalingen moeten de personen die hun medewerking verlenen voor de uitvoering van voorliggend besluit de feiten vertrouwelijk behandelen die hen bij de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden.

*Erkenning en subsidiëring*

Artikel 4. § 1. Elke natuurlijke of rechtspersoon alsmede elke feitelijke vereniging die kinderopvang aanbiedt, moet met toepassing van het decreet in het kader van voorliggend besluit erkend worden.

§ 2. De duur van de erkenning belooft ten hoogste zes jaar en kan worden verlengd.

De aanvraag om verlenging moet ten vroegste zes maanden en ten laatste drie maanden vóór het verstrijken van de erkenningstermijn worden ingediend. Bij deze aanvraag worden de voor de erkenning vereiste documenten gevoegd voor zover deze gegevens bevatten die sinds de laatste aanvraag om erkenning niet meer actueel zijn.

§ 3. De opvangstructuren waarop voorliggend besluit toepasselijk is, mogen pas gesubsidieerd worden nadat ze erkend zijn en indien ze een gemiddelde opvangcapaciteit van 6 kinderen hebben.

*Gemeentelijke Adviescommissie inzake Kinderopvang*

Artikel 5. § 1. De GAK houdt zich bezig met al de vormen kinderopvang waarop voorliggend besluit toepasselijk is en vervult in deze samenhang volgende opdrachten :

- beschrijving van de situatie inzake kinderopvang in de gemeente;
- berekening van de behoeften op korte en gemiddelde termijn inzake kinderopvang in de gemeente;
- aanbevelingen om het aanbod inzake kinderopvang te verbeteren, rekening houdend met de plaatselijke gegevens;
- steun bij de omzetting van de aanbevelingen;
- mededeling van de eerste aanbevelingen aan de minister ten laatste één jaar na de oprichting van de GAK;
- opstel van een ontwikkelingsbericht inzake kinderopvang in de gemeente waarvoor de GAK territoriaal en materieel bevoegd is, met inbegrip van de om de drie jaar vanaf de oprichting herziene aanbevelingen;
- mededeling aan de minister van een advies over de nieuwe plaatselijke initiatieven inzake kinderopvang in de gemeente en betreffende ten minste de volgende punten :
  - de noodzakelijkheid van het initiatief;
  - de adequatie van de beoogde lokalen en de situatie ervan;
  - de inhoud van het opvangconcept;
  - de kostenbijdrage van de gebruiker;
  - de mate waarin de leden met het advies instemmen;
  - adviezen betreffende andere sectoren van het gezinsbeleid, op verzoek van de minister of op eigen initiatief.

De aanbevelingen en het ontwikkelingsbericht worden zowel aan de gemeenteraad als aan de Regering van de Duitstalige Gemeenschap gezonden.

§ 2. De GAK is samengesteld uit de volgende vertegenwoordigers :

- 1 vertegenwoordig(st)er van de gemeente;
- 1 vertegenwoordig(st)er van het OCMW;
- vertegenwoordig(st)er(s) van de scholen;
- vertegenwoordig(st)er(s) van de ouderraden;
- 1 vertegenwoordig(st)er per inrichtende macht van een kinderopvang in de gemeente;
- 1 vertegenwoordiger van de D.K.F.;
- andere plaatselijke partners die inzake kinderopvang belangrijk zijn en waarop de GAK een beroep doet.

§ 3. De D.K.F. steunt, in overeenstemming met de betrokken plaatselijke partners, de oprichting van een GAK in elke gemeente.

De D.K.F. zorgt voor de technische « follow-up » en de proces-verbalen van de GAK, neemt de coördinatie tussen de verschillende adviescommissies waar en geeft de berichten door tussen de GAK en de Regering.

De gemeente voert het voorzitterschap van de GAK en nodigt op de zittingen uit. »

**Art. 2.** Artikel 6, § 2, van hetzelfde besluit wordt aangevuld met volgend lid :

« Als de dienst het aantal onthaalouders heeft bereikt waarvoor hij erkend is, dan kan hij om een uitbreidingsvergunning verzoeken. Met het oog op de vergunning om het aantal onthaalouders uit te breiden, dient de dienst de in § 1 van voorliggend artikel vermelde documenten in, voor zover deze gegevens bevatten die sinds de laatste aanvraag om erkenning niet meer actueel zijn. »

**Art. 3.** In artikel 6, § 3, van hetzelfde besluit worden de woorden « met toepassing van het decreet » ingevoegd na het woord « geacht ».

**Art. 4.** Artikel 7, lid 2, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

**Art. 5.** Artikel 8 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

**Art. 6.** In artikel 9, § 2, van hetzelfde besluit wordt de inleidende zin als volgt gewijzigd : « Onverminderd de bepalingen vermeld in hoofdstuk III*bis* kan de dienst een buitenschoolse opvang organiseren op voorwaarde dat : »

**Art. 7.** In artikel 9, § 2, van hetzelfde besluit wordt de passus « . Bij de buitenschoolse opvang wordt de voorrang verleend aan de gezinnen waarvan de jonge kinderen al opgenomen worden of zijn » geschrapt.

**Art. 8.** In artikel 10, lid 1, 3°, van hetzelfde besluit wordt het woord « bij » door « na » vervangen.

**Art. 9.** In artikel 10, lid 2, van hetzelfde besluit worden de passussen « onder drie jaar » en « onder zeven jaar » geschrapt.

**Art. 10.** In artikel 10, lid 3, van hetzelfde besluit wordt de passus « bedoeld in punt 2° van » vervangen door « bedoeld in lid 1, 2°, van ».

**Art. 11.** In artikel 12, § 1, lid 1, wordt de passus « onder drie jaar » geschrapt.

**Art. 12.** In artikel 12, § 1, lid 1, van hetzelfde besluit wordt de tabel aangevuld als volgt :

« 3,5	84-96	167-192
4	97-109	193-218 »

**Art. 13.** In artikel 12 wordt een § 1*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« § 1*bis*. Indien het aantal onthaalouders of het aantal opgevangen kinderen in de loop van een trimester afneemt, dan kan het tewerkgesteld personeel en de subsidiëring ervan behouden worden tijdens een ononderbroken termijn van zes maanden na het einde van het betrokken trimester. Daarna wordt de toelage aangepast. Bij buitengewone omstandigheden kan de minister, op met redenen omkleed verzoek van de dienst en na het advies van de D.K.F. te hebben ingewonnen, één keer deze termijn met drie maanden verlengen. »

**Art. 14.** In artikel 14, § 1, 1<sup>o</sup>, van hetzelfde besluit wordt de passus « overeenkomstig de onderrichtingen van de D.K.F. Eens ondertekend wordt het contract aan de D.K.F. betekend » vervangen door « overeenkomstig een modelovereenkomst opgesteld door de dienst. De modelovereenkomst moet door de D.K.F. worden goedgekeurd. De D.K.F. beslist binnen de twee maanden na de ontvangst van het dossier. Wordt geen beslissing genomen binnen deze termijn, dan wordt het model geacht goedgekeurd te zijn. »

**Art. 15.** In artikel 16, § 1, lid 5, van hetzelfde besluit wordt de passus « vóór de sluiting van het contract » vervangen door « vóór het begin van de opvang ».

**Art. 16.** Artikel 16, § 2, lid 1, van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Ten laatste twee weken vóór het begin van de opvang sluiten de dienst en de persoon belast met de opvoeding een modelcontract af dat door de dienst opgesteld is. Het modelcontract moet door de D.K.F. worden goedgekeurd. De D.K.F. beslist binnen de twee maanden na de ontvangst van het dossier. Wordt geen beslissing genomen binnen deze termijn, dan wordt het model geacht goedgekeurd te zijn. »

**Art. 17.** In artikel 17, § 2, lid 4, van hetzelfde besluit wordt de passus « twee kinderen onder drie jaar » vervangen door « twee jonge kinderen ».

**Art. 18.** In artikel 18, § 1, lid 3, 3<sup>o</sup>, van hetzelfde besluit wordt het woord « tegemoetkomingen » vervangen door « algemene sociale hulp ».

**Art. 19.** Artikel 18, § 1, lid 5, van hetzelfde besluit wordt aangevuld als volgt :

« Worden deze bewijzen niet voorgelegd, dan wordt de maximale kostenbijdrage aangerekend. »

**Art. 20.** Artikel 18, § 2, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

**Art. 21.** Artikel 19, lid 2, wordt aangevuld als volgt :

« De D.K.F. beslist binnen de twee maanden na de ontvangst van de aanvraag. Wordt geen beslissing genomen binnen deze termijn, dan wordt de aanvraag geacht goedgekeurd te zijn. »

**Art. 22.** Artikel 20, § 3, lid 2, van hetzelfde besluit wordt aangevuld als volgt :

« De D.K.F. beslist binnen de twee maanden na de ontvangst van de aanvraag. Wordt geen beslissing genomen binnen deze termijn, dan wordt de aanvraag geacht goedgekeurd te zijn. »

**Art. 23.** Artikel 22, lid 1, van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kunnen de erkende diensten, overeenkomstig volgende bepalingen, toelagen verkrijgen voor de aanneembare kosten m.b.t. het personeel, de opvang, het beheer en de voortgezette opleiding. »

**Art. 24.** Artikel 24, § 2, lid 2, van hetzelfde besluit, wordt aangevuld als volgt :

« De D.K.F. beslist binnen de twee maanden na de ontvangst van de aanvraag. Wordt geen beslissing genomen binnen deze termijn, dan wordt de aanvraag geacht goedgekeurd te zijn. »

**Art. 25.** Artikel 29, § 1, lid 1, van hetzelfde besluit wordt aangevuld als volgt :

« 9<sup>o</sup> het gunstig advies van de GAK van de gemeente waar de kribbe gevestigd is;  
10<sup>o</sup> een advies inzake brandveiligheid uitgereikt door de commandant van de brandweerdienst van de gemeente waar de opvangplaats zich bevindt. »

**Art. 26.** Artikel 30 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

**Art. 27.** Artikel 39 van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kunnen de erkende kribben toelagen verkrijgen voor de aanneembare kosten m.b.t. het personeel en de voortgezette opleiding. »

**Art. 28.** Artikel 40, § 2, van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Voor de subsidiëring van de personeelskosten wordt de berekeningsbasis aangewend die voor de sectoren « sociale aangelegenheden » en « gezondheid » door de Regering vastgelegd is. »

**Art. 29.** In hetzelfde besluit wordt na het hoofdstuk III en vóór het hoofdstuk IV een hoofdstuk III*bis* ingevoegd, dat de volgende artikelen 43*bis* tot 43*quinquies* bevat :

« HOOFDSTUK III*bis*. — *Buitenschoolse opvang*

*Afdeling 1. — Erkenning*

Artikel 43*bis*. § 1. Om erkend te worden dient de inrichtende macht van de buitenschoolse opvang, hierna « inrichtende macht » genoemd, een aanvraag bij de minister in, waarbij volgende documenten worden gevoegd :

1<sup>o</sup> de identiteit van de aanvrager;

2<sup>o</sup> het opvangconcept;

3<sup>o</sup> een gunstig advies van de GAK. Indien het aanbod zich tot de bevolking van meerdere gemeenten richt, moet een advies van al de GAK's ingediend worden die territoriaal en materieel bevoegd zijn;

4° een gunstig advies inzake brandveiligheid uitgereikt door de commandant van de brandweerdienst van de gemeente waar de opvangplaats zich bevindt.

§ 2. Met het oog op de erkenning van een buitenschoolse opvang moet er aan de volgende voorwaarden worden voldaan :

1° de buitenschoolse opvang verschilt duidelijk van het alledaagse schoolleven. Dit verschil is duidelijk zichtbaar in de organisatie, de lokalen en het concept van de opvangsstructuur;

2° de buitenschoolse opvang moet ten minste 4 dagen per schoolweek voor een opvang na de school zorgen;

3° de lokalen gebruikt voor de buitenschoolse opvang moeten zodanig ingericht zijn dat de kinderen zich daar veilig en veilig kunnen bewegen;

4° binnen een woonkader moet er in een speelruimte met een rusthoek worden voorzien. De kinderen moeten de mogelijkheid hebben om in een veilig kader buiten te spelen. Er moet in een voldoende aantal sanitaire inrichtingen voor de verschillende leeftijdsklassen alsmede in een wasbak worden voorzien. Het begeleidingspersoneel moet per telefoon kunnen worden bereikt;

5° er moet voldaan worden aan alle veiligheidsbepalingen die van toepassing zijn. De inrichtende macht zorgt voor de veiligheid van de kinderen op de weg tussen de school en de opvangplaats. Een verbandetui moet beschikbaar zijn;

6° voor elk opgevangen kind moeten volgende gegevens beschikbaar zijn :

- naam, voornaam en adres van het kind

- naam, adres en telefoonnummer van de contactpersoon;

- adres en telefoonnummer van de huisarts

- bijzondere gegevens over de gezondheidstoestand van het kind, indien deze voor het dagelijks omgaan met het kind pertinent zijn;

7° bij het begin van de opvang wordt er aan elke gebruiker een huishoudelijk reglement uitgereikt dat het opvangconcept, het concrete verloop van de opvang, de in artikel 47, § 2, bepaalde beroepsmogelijkheid en de kostenbijdrage van de ouders bevat;

8° de inrichtende macht sluit een verzekering inzake burgerlijke aansprakelijkheid af voor de opgevangen kinderen;

9° het begeleidingspersoneel moet ten minste 18 jaar oud zijn en houder zijn van een brevet van securist of zich er contractueel toe verplichten binnen één jaar na de aanwerving een EHBO-cursus te volgen. Het bewijs van de deelname aan een EHBO-cursus moet worden geleverd;

10° in doorsnede mag een lid van het begeleidingspersoneel ten hoogste voor 16 kinderen zorgen. Bij gemiddelde aanwezigheid van 17 tot 32 kinderen moeten 2 leden van het begeleidingspersoneel aanwezig zijn. De gemiddelde aanwezigheden worden berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen door het aantal openingsdagen per trimester te delen;

11° aan het begeleidingspersoneel worden voortgezette opleidingen en raadgevingen gratis aangeboden.

§ 3. De D.K.F. brengt een advies uit over de lokalen - overeenkomstig de richtlijnen vastgelegd in de bijlage 3 van voorliggend besluit -, over het opvangconcept, over de conformiteit met de toepasselijke rechtelijke bepalingen en over de opportuniteit van de buitenschoolse opvang.

§ 4. De minister beslist over de aanvraag om erkenning na het advies van de D.K.F. te hebben ingewonnen.

## Afdeling 2. — Subsidiëring

### Algemene bepalingen

Artikel 43ter. § 1. Slechts de erkende structuren voor buitenschoolse opvang kunnen binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen de in artikel 43quinquies bedoelde toelagen verkrijgen, voor zover er voldaan wordt aan de in dit hoofdstuk vermelde voorwaarden.

De aanvraag om subsidiëring kan tegelijkertijd met de aanvraag om erkenning worden ingediend.

§ 2. Elke persoon belast met de opvoeding heeft toegang tot de buitenschoolse opvang. De voorrang wordt verleend aan de kinderen van werkende ouders, van stagiaires en van personen die om sociale of medische redenen niet voor de opvang van de kinderen kunnen zorgen.

§ 3. De inrichtende macht bepaalt het door zijn opvangsaanbod bestreken gebied, waarbij zijn aanbod zich in principe aan de kinderen van alle scholen uit het betrekken gebied richt.

§ 4. Naast de in artikel 43bis, § 4, vermelde documenten bevat de aanvraag om subsidiëring ook een financieringsplan met een schatting van de uitgaven en ontvangsten.

### Bepalingen inzake personeel

Artikel 43quater. § 1. De kinderen moeten begeleid worden door een personeel met een opleiding i.v.m. het kind of de opvoeding.

§ 2. Indien geen persoon met een opleiding i.v.m. het kind of de opvoeding beschikbaar is wegens een bewezen gebrek aan personeel, kan de inrichtende macht een met redenen omklede aanvraag om afwijking bij de D.K.F. indienen. De D.K.F. beslist binnen de twee maanden na de ontvangst van de aanvraag. Wordt geen beslissing genomen binnen deze termijn, dan wordt de aanvraag geacht goedgekeurd te zijn. De D.K.F. keurt de aanvraag schriftelijk goed als de bekwaamheden van het lid van het begeleidingspersoneel met de door hem vastgelegde richtlijnen overeenstemmen. De aanstelling van begeleidingspersoneel zonder opleiding i.v.m. het kind of de opvoeding kan pas plaatsvinden nadat de D.K.F. deze goedkeuring heeft gegeven.

§ 3. De inrichtende macht zorgt ervoor dat elk personeelslid een voortgezette opleiding van ten minste 10 uren per jaar volgt. Deze voortgezette opleiding betreft thema's zoals de gezondheidseducatie, de psychologie en de algemene opvoeding van het kind alsmede de ontwikkeling van de opdrachten die het begeleidingspersoneel toevertrouwd worden.



§ 4. De buitenschoolse opvang moet over een begeleidingspersoneel beschikken overeenkomstig de volgende personeelsleutel :

Gemiddelde aanwezigheden van de kinderen	Aanwezige leden van het begeleidingspersoneel
6-10	1
11-22	2
23-36	3
37-50	4

De gemiddelde aanwezigheden worden berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen door het aantal openingsdagen per trimester te delen.

#### *Financiële bepalingen*

Artikel 43<sup>quinquies</sup>. § 1. De inrichtende macht vereist van de gebruikers een persoonlijke kostenbijdrage en voorziet in een sociaal tarief voor de gezinnen met een laag inkomen.

§ 2. Bij het begin van de buitenschoolse opvang wordt een toelage van 50 % aan de inrichtende macht verleend voor de inrichtingskosten van een vestiging, ten belope van € 2.500 per vestiging, waarbij deze toelage tijdens twee jaar kan worden aangevraagd. Bij de aanvraag om subsidiëring moeten een lijst met het noodzakelijk materieel en een kostenraming gevraagd worden.

De minister beslist over het bedrag van de toelage na het advies van de D.K.F. te hebben ingewonnen.

De toelage wordt uitbetaald nadat de vereiste betalingsbewijzen ingediend en onderzocht zijn. De bewijzen moeten twee keer per jaar worden ingediend, ten laatste op 31 maart en 15 augustus.

Wordt er een einde gemaakt aan de buitenschoolse opvang vóór een termijn van twee jaar na de installatie, dan moet de inrichtende macht, op verzoek van de Regering, de dankzij de middelen van de Duitstalige Gemeenschap aangeworven uitrusting teruggeven.

§ 3. Indien de resultatenrekening, rekening houdend met alle ontvangsten, op het einde van het kalenderjaar met een tekort wordt afgesloten, neemt de Regering 50 % van het tekort per vestiging op zich ten belope van :

- € 758 als 6 tot 10 kinderen, in doorsnede, tijdens het kalenderjaar opgevangen werden;
- € 1137 als 11 tot 22 kinderen, in doorsnede, tijdens het kalenderjaar opgevangen werden;
- € 1515 als 23 tot 36 kinderen, in doorsnede, tijdens het kalenderjaar opgevangen werden.

De gemiddelde aanwezigheden worden berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen door het aantal openingsdagen per kalenderjaar te delen.

Biedt een buitenschoolse opvang een opvang gedurende ten minste één maand per jaar tijdens de schoolvakanties, dan kan deze opvang overeenkomstig hoofdstuk V gesubsidieerd worden.

§ 4. Indien de opvangsstructuur niet tijdens het hele kalenderjaar bestaat, dan wordt het bedrag vastgelegd in § 3 naar rato berekend.

§ 5. Ten laatste op 30 maart van het volgende jaar dient elke inrichtende macht een resultatenrekening en een activiteitenverslag over het afgelopen jaar in.

Dit activiteitenverslag vermeldt :

- het aantal openingsdagen en de openingsuren;
- het totaal aantal aanwezigheden;
- het totaal aantal van de gemiddelde aanwezigheden;
- het aantal leden van het begeleidingspersoneel;
- de analyse en de evaluatie van de activiteiten;
- de perspectieven wat de toekomst van de opvangsstructuur betreft. »

**Art. 30.** Artikel 44, § 1, van hetzelfde besluit wordt aangevuld als volgt :

« 6° een bewijs dat een verzekering inzake burgerlijke aansprakelijkheid afgesloten is voor de opgevangen kinderen. »

**Art. 31.** Artikel 44, § 1<sup>bis</sup>, 9°, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« per telefoon kunnen worden bereikt ».

**Art. 32.** In artikel 44 van hetzelfde besluit wordt een § 1<sup>ter</sup> ingevoegd, luidend als volgt :

« § 1<sup>ter</sup>. Wijzigingen in de onder de §§ 1 en 1<sup>bis</sup> van voorliggend artikel vermelde gegevens moeten binnen de maand aan de D.K.F. worden medegedeeld. »

**Art. 33.** In artikel 44 van hetzelfde besluit wordt een § 2<sup>ter</sup> ingevoegd, luidend als volgt :

« § 2<sup>ter</sup>. Op verzoek stelt de D.K.F. pedagogisch materieel en inrichtingsmaterieel ter beschikking van de personen erkend in het kader van voorliggend hoofdstuk. Bij beëindiging van de activiteit beslist de D.K.F. dit materieel eventueel terug te vorderen. »

**Art. 34.** Artikel 44, § 2<sup>bis</sup>, van hetzelfde besluit wordt aangevuld als volgt :

« De D.K.F. beslist binnen de twee maanden na de ontvangst van de aanvraag. Wordt geen beslissing genomen binnen deze termijn, dan wordt de aanvraag geacht goedgekeurd te zijn. »

**Art. 35.** Artikel 44, § 3, van hetzelfde besluit wordt aangevuld als volgt :

« De maximale opvangcapaciteit van elke onthaalouder wordt vermeld in de beslissing houdende de erkenning. »

**Art. 36.** Artikel 45, lid 1, van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Kunnen de bestaande opvangsvormen niet beantwoorden aan de aanvraag inzake kinderopvang, dan kunnen bijkomende opvangsplaatsen in het kader van projecten met beperkte duur en geografische omvang aangeboden worden. »

**Art. 37.** In artikel 46 van hetzelfde besluit wordt de passus « en 42 » vervangen door « , 42 en 43 *quinquies*, § 3 ».

**Art. 38.** Artikel 47 van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« § 1. De opvangsvormen bedoeld in voorliggend besluit zijn onderworpen aan het toezicht van de D.K.F.

De met het toezicht belaste beambten hebben toegang tot de lokalen van de dienst tijdens de vastgelegde openingsuren en kunnen ter plaatse alle bewijsstukken inzien, alle examens, controles en enquêtes uitvoeren en alle nodige inlichtingen inwinnen om zich te vergewissen dat de toepasselijke rechtsbepalingen nageleefd worden en dat de opportuniteit van de opvangsvorm voortduurt.

De inrichtende machten of de verantwoordelijken van de in voorliggend besluit vermelde opvangsvormen scheppen de voorwaarden die noodzakelijk zijn om de in voorliggend artikel vermelde controles uit te voeren.

§ 2. Bij geschil tussen de inrichtende macht van een opvangsvorm of de verantwoordelijke ervan en de persoon belast met de opvoeding kan zich deze laatste tot de D.K.F. richten om uitleg te verkrijgen. Deze mogelijkheid moet de persoon belast met de opvoeding bij het begin van een opvang schriftelijk worden medegedeeld. »

**Art. 39.** In hetzelfde besluit wordt een artikel 47 *bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 47 *bis*. § 1. Indien een in het kader van voorliggend besluit erkende persoon, organisatie of inrichting de normen en voorwaarden niet meer vervuld die opgelegd zijn voor de erkenning, dan verzoekt de minister deze persoon, organisatie of inrichting erom deze normen binnen een bepaalde termijn te vervullen en hem daaromtrent alle documenten voor te leggen of bijkomende inlichtingen te verstrekken. Zo niet kan de minister overeenkomstig de volgende bepalingen de erkenning intrekken of de subsidiëring opschorten of verminderen.

§ 2. Wenst de minister de erkenning in te trekken of de subsidiëring op te schorten of te verminderen, betekent hij de persoon, organisatie of inrichting een met redenen omklede intentieverklaring. De persoon, organisatie of inrichting beschikt over een termijn van veertien dagen om haar standpunt aan de minister mede te delen. De minister beslist binnen veertien dagen na afloop van die termijn. De beslissing treedt in werking tien dagen nadat de beslissing aan de persoon, organisatie of inrichting betekend wordt.

De intrekking van de erkenning brengt de beëindiging van de erkende activiteit met zich mee. »

**Art. 40.** Bij hetzelfde besluit wordt een bijlage toegevoegd, luidend als volgt :

« Bijlage 3. — Richtlijnen met het oog op het advies over de lokalen gebruikt voor de buitenschoolse opvang

Wat de lokalen betreft, brengt de D.K.F. een advies over de volgende punten uit :

- hygiëne;
- lichtbronnen (natuurlijke en kunstverlichting);
- veiligheid : buitenomgeving (straat, trottoirs, afsluiting...) veiligheidsmaatregelen in de lokalen (stopcontacten, trappen, vensters,...);
- aanbeveling m.b.t. de grootte van de lokalen : 4 m<sup>2</sup> per kind;
- toestand van de lokalen;
- verdeling binnenhuis (verschillende speelhoeken, verdeling naar leeftijdsklasse);
- mogelijkheid om een keuken te installeren;
- buiteninfrastructuur (tuin, speelmogelijkheden,...);
- sfeer die de kinderen in de smaak valt. »

#### *Overgangsbepalingen*

**Art. 41.** § 1. De bij de inwerkingtreding van voorliggend besluit lopende projecten m.b.t. de buitenschoolse opvang worden beschouwd als overeenkomstig artikel 43 *bis*, ingevoegd door artikel 30 van voorliggend besluit, erkend te zijn en dit tot het einde van hun overeenkomst, echter ten laatste tot 30 juni 2006. Zes maanden vóór het verstrijken van de geldigheidsduur van de gelijkgestelde erkenning moet de inrichtende macht een aanvraag om erkenning overeenkomstig artikel 43 *bis* indienen.

§ 2. Voor het begeleidingspersoneel dat bij de inwerkingtreding van voorliggend besluit tewerkgesteld is in het kader van lopende projecten m.b.t. de buitenschoolse opvang wordt de afwijking bepaald door artikel 30 van voorliggend besluit in artikel 43 *quater*, § 2, als verleend beschouwd, voor zover deze personen vóór de inwerkingtreding van voorliggend besluit over een afwijking m.b.t. de overeenstemmende vereiste inzake opleiding beschikken die in het kader van het project verleend is.

#### *Slotbepalingen*

**Art. 42.** Dit besluit treedt in werking de dag waarop het ondertekend wordt.

**Art. 43.** De Minister bevoegd inzake Gezin is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 4 juni 2004.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,  
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
H. NIESEN